Bündnis 90 / Die Grünen sprechen sich grundsätzlich gegen die
Haltungsbedingungen in der Intensiv- oder Massentierhaltung aus.

Bei den vorliegenden Anträgen ist dies jedoch nicht Gegenstand der Prüfung. Dies soll noch einmal deutlich herausgestellt werden. Die derzeitige Art der Tierhaltung kann auf fehlgeleitete Politik in Brüssel und Berlin zurückgeführt werden. Hier kann nur über den Kauf von Lebensmitteln aus artgerechter Haltung Einfluss genommen werden oder auf politischen Wege über eine Änderung der einschlägigen Gesetze.

Die vorliegenden Anträge sind also nur nach ihrem Standort im Zusammenhang mit der Bauleitplanung der Stadt zu prüfen. Eine weitere Einflussnahme gibt es nicht.

Die Tatsache jedoch, dass die kommunale Mitbestimmung über das Bürokratieabbaugesetz noch weiter eingeschränkt wird, ist jüngste Politik der jetzigen Landesregierung. Danach kann ein nicht erteiltes Einvernehmen der Stadt Billerbeck – wie hier geschehen – durch die Bezirksregierung als rechtswidrig ausgelegt und damit ignoriert bzw. durch die Bezirksregierung selber ersetzt werden.

Die Grünen beabsichtigen die Hilfe eines Verwaltungsrichters in Anspruch zu nehmen, um prüfen lassen, welche rechtlichen oder bauleitplanerischen Mittel geeignet sind, um einer weiteren Beeinträchtigung und Zersiedelung des Billerbecker Stadtgebietes entgegen wirken zu können.

So lange diese Anlagen ohne Bezug zur Hofstelle in der freien Landschaft errichtet werden, führt dies zum Verlust von Eigenart und Schönheit des Billerbecker Stadtgebietes.

Diese Stallanlagen sind keine regionaltypischen Elemente der bäuerlichen Kulturlandschaft.

Die Grünen haben dazu einen Antrag an den Rat gerichtet. Danach soll ein Schreiben an die Bezirksregierung gerichtet werden, dass nachdrücklich auf die derzeitige nicht hinzunehmende Entwicklung hinweist.

.....

Die Bezirksregierung stellt fest, dass der Stadt vornehmlich obliegt, planungsrechtliche Belange zu beurteilen.

In § 35 BauGB ist als öffentlicher Belang der Schutz der natürlichen Eigenart der Landschaft und ihr Erholungswert genannt. Wir sind der Ansicht, dass dieser Aspekt durch die Bezirksregierung nicht in ausreichender Weise gewürdigt wurde und damit rechtlich zu prüfen ist.